

ME ZEITUNG

INFORMATIONEN VON DEN ARBEITGEBERN DER METALL- UND ELEKTRO-INDUSTRIE

Das große
M+E-Quiz
auf Seite 4

Standort retten: Am 23.2. Wirtschaftswende wählen!

Deutschland steckt seit Jahren in der Wirtschaftskrise. Die Industrie ganz besonders. Es ist die längste Krise seit 1949. Jahrzehntlang ging es nur bergauf. Aber diesen Wachstumspfad haben wir 2019 verlassen. 2024 ist die Wirtschaftsleistung erneut gesunken (-0,2 Prozent) – während die Weltwirtschaft längst wieder zulegt. Eine echte Trendwende ist nicht absehbar. Uns alle kostet das Wohlstand: Verglichen mit früheren Wachstumswenden verloren die Deutschen in der Zeit der Ampel-Regierung bislang insgesamt 270 Milliarden Euro oder 3.200 Euro je Einwohner. Das hat das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln errechnet.

Und immer deutlicher wird: Die Misere ist größtenteils hausgemacht. Das marode Bildungssystem, ausufernde Bürokratie, zu hohe Steuern, Sozialabgaben und Energiepreise, bröckelnde Verkehrswege – die Mängelliste wird immer länger. Gegensteuern kann bei all dem nur die Politik. Wo sie anpacken muss, steht auf Seite 2/3.

Die Probleme konnten lange übertüncht werden, weil „Made in Germany“ mit Top-Qualität und hoher Produktivität überzeugte. Doch die internationalen Wettbewerber haben aufgeholt. Heimische Betriebe kommen immer schwieriger an Aufträge.

Für die Metall- und Elektro-Industrie hat sich die Talfahrt 2024 sogar wieder beschleunigt: Allein von Januar bis November schrumpfte die Produktion um 6,6 Prozent. Das schlägt zusehends auf die Beschäftigung durch. Auch Kurzarbeit nimmt zu (siehe Seite 4).

Um wieder Fahrt aufzunehmen, braucht Deutschland eine starke Industrie. Die Voraussetzungen dafür sind nach wie vor da – hoch qualifizierte Belegschaften, leistungsstarke Betriebe, eine funktionierende Sozialpartnerschaft. Nötig ist jetzt eine Politik, die eine echte Wirtschaftswende will. „Es geht darum, unseren Standort zu retten“, betont Gesamtmetall-Präsident Dr. Stefan Wolf. Wird das gelingen? Das kann jeder von uns bei der Bundestagswahl durch seine Stimmabgabe mitentscheiden.



DIE ME ARBEITGEBER

**STANDORT
RETTEN!**



Dr. Stefan Wolf, 63, ist Präsident des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall.

Interview

„Es geht darum, unseren Standort zu retten“

Herr Dr. Wolf, Hand aufs Herz: Sie reden den Standort doch mit Absicht schlecht.

Unsere Beschäftigten wissen genau, wie die Lage ist. Sie sehen, dass die Unternehmen die Aufträge nicht mehr bekommen, weil die Konkurrenz aus dem Ausland sehr viel günstiger produzieren kann. Sie sehen, in welchem Zustand die Schulen ihrer Kinder oder die Straßen sind. Sie sehen, wie viel ihnen auf der Gehaltsabrechnung vom Bruttolohn übrig bleibt. Der Standort Deutschland ist in der Rangliste der Standorte weltweit von Platz 6 im Jahr 2014 auf Platz 24 durchgereicht worden. Hier hat sich vieles jahrelang in die falsche Richtung bewegt. Wer sich dann hinstellt und so tut,

als wäre das alles böswillige Erfindung, der beleidigt die Intelligenz der Wähler.

Am 23. Februar ist Bundestagswahl. Haben Sie die Hoffnung, dass sich danach endlich etwas ändert?

Als Unternehmer ist man von Natur aus optimistisch. Aber zur Wahrheit gehört auch: Die nächste Bundesregierung tritt ein schweres Erbe an. Es wird nicht von heute auf morgen besser. Die Aufgabenliste ist lang: Die Steuern und Abgaben für Unternehmen und Beschäftigte müssen runter, die Energiekosten gesenkt, die Bürokratie muss geschreddert und bei der Bildung endlich umgesteuert werden. Für mich ist klar: Wer jetzt immer noch nicht verstanden hat,

dass es darum geht, unseren Standort zu retten, der hat es auch nicht verdient, Verantwortung für dieses Land zu bekommen.

Woher nehmen Sie dann Ihren Optimismus?

Wir haben motivierte, hoch qualifizierte Belegschaften und mutige, in der Region verwurzelte Unternehmen sowie eine funktionierende Sozialpartnerschaft. Das sind sehr starke Argumente für Investitionen am Standort Deutschland. Und wir wollen mit unseren Beschäftigten die Welt von morgen gestalten. Aber man muss uns das auch machen lassen. Noch ist es nicht zu spät dafür, den Standort zu retten. Deshalb am 23. Februar die Wirtschaftswende wählen!

HIER MUSS DIE POLITIK ANPACKEN

Erste Hilfe für den Standort



Deutschlands Wirtschaft wird dieses Jahr das Schlusslicht unter den Industriestaaten sein. Das prognostiziert die Industriestaaten-Organisation OECD in Paris. Eine Reihe massiver Wachstumsbremsen ist hausgemacht. Etwa teure Energie, hohe Steuern, enorme Lohnnebenkosten, marode Bildung und überbordende Bürokratie. Nur beherrzte Reformen machen die Wirtschaft wieder flott

Produktion retten

Deutschlands Industrie ist bedroht durch überhohe Energiepreise. Die sind ein massives Handicap im Wettbewerb etwa mit Unternehmen aus den USA und China, die mit viel günstigerem Gas und Strom produzieren. Auch in Europa fertigen Firmen in den meisten Ländern mit billigerem Strom. Vier von zehn Industrieunternehmen wollen deshalb laut Handelskammer-Umfrage hierzulande die Produktion einschränken, sie ins Ausland verlagern oder tun das schon. Von den Großunternehmen will das sogar jedes zweite. Klar ist: Die Energiekosten müssen runter. Dauerhaft.

Deutschland besonders teuer
Strompreis für Industriekunden mit mittlerem Verbrauch, erstes Halbjahr 2024¹ (in Cent je Kilowattstunde)

Deutschland	20,2
Niederlande	19,2
Polen	18,0
Tschechien	17,3
Luxemburg	17,3
Österreich	17,2
Durchschnitt EU-Staaten	16,3
Belgien	16,2
Frankreich	14,1
Dänemark	10,1
USA ²	7,5

1) bei 2.000 bis 20.000 Megawattstunden Verbrauch, inkl. Steuern und Abgaben, soweit nicht erstattungsfähig; 2) Durchschnitt US-Industrie, Wert für Oktober 2024; Quellen: Eurostat, EIA

Leistungsbereitschaft retten

Der Staat kassiert kräftig ab, bei Betrieben wie bei Beschäftigten. 30 Prozent Unternehmensteuer müssen Firmen auf ihre Gewinne bezahlen. 37 Prozent vom Brutto muss ein Alleinstehender mit Durchschnittslohn an Steuern und Sozialabgaben abdrücken. Deutschland ist ein Höchststeuerland. Das schadet der Leistungsbereitschaft. Unternehmen investieren im Ausland. Auch mancher Facharbeiter wandert ab – dahin, wo mehr vom Lohn bleibt. Deshalb muss eine neue Steuerpolitik her.

Deutschland kassiert am meisten
Unternehmenssteuersatz 2024, in Prozent

Deutschland	29,9
Japan	29,7
Frankreich	25,8
USA	25,6
China	25,0
Großbritannien	25,0
Spanien	25,0
Italien	24,0
Durchschnitt der Industriestaaten	23,8
Schweiz	19,7
Irland	12,5

Quelle: OECD

Sozialstaat retten

Schon wieder sind sie gestiegen: die Beiträge für Krankenkassen und Pflege. Insgesamt 41,9 Prozent vom Bruttolohn gehen jetzt runter für die Sozialversicherungen. Arbeitnehmern bleibt weniger netto, Unternehmen haben höhere Arbeitskosten. Experten halten maximal 40 Prozent für verträglich. Oberhalb dieser roten Linie lohnt Arbeit immer weniger. In fünf Jahren drohen Sozialbeiträge von 45 bis 48 Prozent. Jetzt braucht es echte Reformen.

Kritische Marke wieder gerissen

Gesamt-Beitragssatz zur Sozialversicherung*



* in Prozent des Bruttoarbeitsentgelts, Kinderlose zahlen 0,6 Prozentpunkte mehr; Quelle: IAQ, Universität Duisburg-Essen

Innovationen retten

Innovationen bringen Wohlstand, Bürokratie verringert ihn. Allein 4.663 Bundesgesetze und -verordnungen mit fast 97.000 Einzelnormen, die zu befolgen sind, knebeln Bürger und Betriebe. Vier von fünf Firmen sehen dadurch ihre Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt, drei von fünf verzichten auf Investitionen. Das bremst Innovationen. Fazit: Viele Gesetze gehören in den Schredder.

-146 Mrd. €

So viel Wirtschaftsleistung entgeht Deutschland pro Jahr aufgrund der überbordenden Bürokratie und Verwaltung

Quelle: ifo-Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München

Wissen retten

Viele Kitas und Schulen sind marode, Zehntausende Lehrer fehlen. In Lesen und Mathe sind deutsche Jugendliche im globalen Pisa-Bildungstest nur Durchschnitt. Pro Jahr verlassen 50.000 junge Leute die Schule ohne Abschluss. Viele bleiben ohne Qualifikation. Für eine Land, das vom Wissen seiner Fachkräfte lebt, ist das ein No-Go. Da ist eine Bildungswende gefordert.

2,9 Millionen

junge Menschen unter 35 Jahren hatten im Jahr 2023 hierzulande keinen Berufsabschluss

Quelle: Berufsbildungsbericht 2024, Bundesinstitut für Berufsbildung

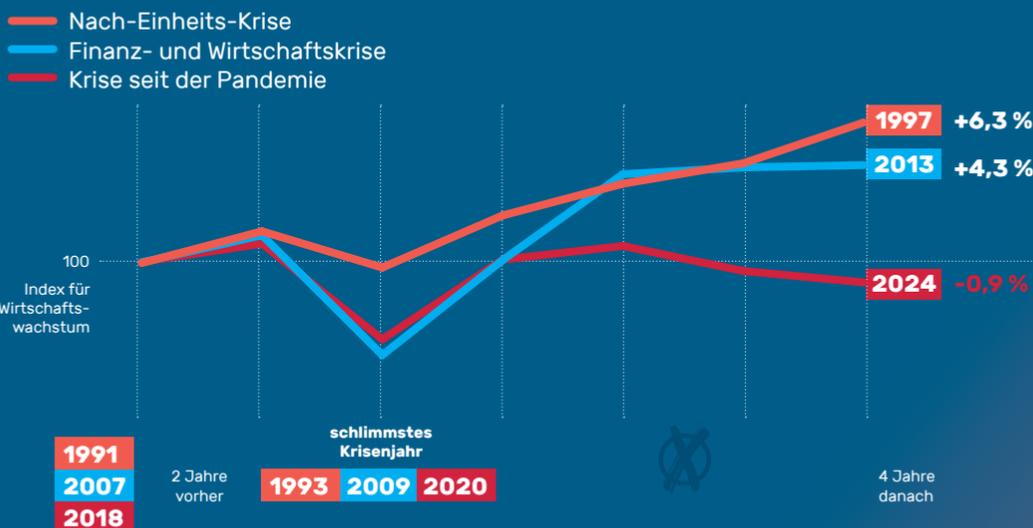


So sieht es aus

Die Wirtschaftskrise hat Deutschland im Griff. Dass am Standort etwas strukturell schief läuft, zeigt der Vergleich mit vergangenen Schwächephasen: Bis zur Erholung hat es nie lang gedauert. Doch in der aktuellen Krise gilt das nicht mehr. Gerade auch der Metall- und Elektro-Industrie macht das heftig zu schaffen

Deutschland in längster Krise seit 1949

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in den größten Flautephasen

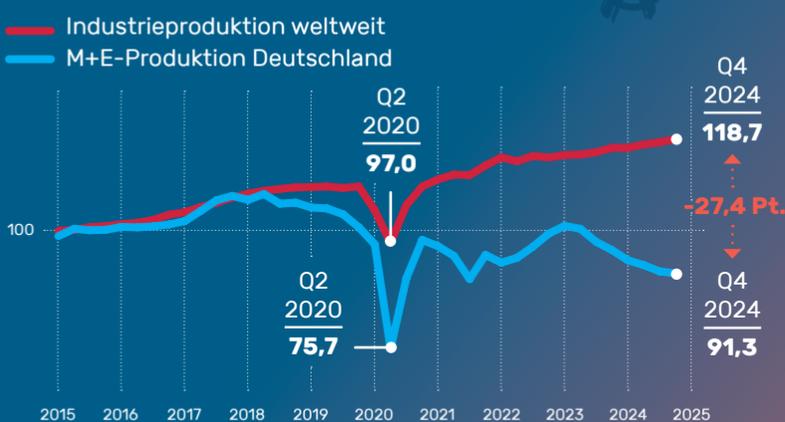


So lange wie derzeit lag die Wirtschaft der Bundesrepublik noch nie am Boden. Begonnen hat die Krise bereits Ende 2018. Der bisherige Tiefpunkt war 2020, in der Corona-Pandemie. Nach einer kurzen Belebung im Anschluss ging es wieder bergab. Selbst die heftige Finanzkrise war schneller vorbei. Wohlstandsverluste sind immer deutlicher bemerkbar. Und Besserung ist nicht in Sicht.

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner; Quellen: Deutsche Bundesbank, IW, Stat. Bundesamt, Gesamtmetall

M+E fällt zurück

Produktionsentwicklung, Index 2015 = 100



Hierzulande läuft in Sachen Wirtschaft etwas mächtig schief. Das unterstreicht ein Vergleich mit dem Ausland: Alle Industrieländer weltweit sind nach Corona wieder auf Wachstumskurs. Nur in Deutschland ersticken die Wachstumshoffnungen immer wieder im Keim. Besonders deutlich bekommt das die M+E-Industrie zu spüren.

Quartalswerte; Quellen: World Trade Monitor, Stat. Bundesamt, Gesamtmetall

Trübe Aussichten

Produktionspläne für die nächsten drei Monate



Die Produktionspläne weisen bei M+E klar nach unten. Besonders getroffen hat es den Fahrzeugbau und die Metall-Industrie. Hintergrund ist die aktuelle Auftragslage: Sie ist in den Unternehmen mehrheitlich desolat. Über Auftragsmangel klagen inzwischen mehr als 50 Prozent der M+E-Betriebe.

Saldo aus positiven und negativen Antworten; Stand Dezember 2024; Quelle: ifo

Jobprobleme verschärft

Beschäftigung in der Metall- und Elektro-Industrie

Allein seit November 2023 sind in der Metall- und Elektro-Industrie in Deutschland mehr als

53.000

Arbeitsplätze verloren gegangen.

Zudem sind fast **159.000**

M+E-Beschäftigte in Kurzarbeit.

saisonbereinigt; Stand Nov./Sep. 2024; Quelle: Gesamtmetall



Industrie stärken, Wachstum starten, Standort retten – um diesen Dreiklang geht es bei der Bundestagswahl. Beschäftigte und Arbeitgeber in der Metall- und Elektro-Industrie haben ein gemeinsames Interesse daran, dass der Standort Deutschland wieder attraktiver wird. Mehr dazu, was bei der Wahl auf dem Spiel steht, auf der Kampagnen-Webseite

standort-retten.de



ME QUIZ

Was geht ab?

Wie hoch liegt der Brutto-Beitragsatz zur Sozialversicherung in Deutschland 2025? Nennen Sie uns den richtigen Wert und gewinnen Sie einen der nebenstehenden Preise.

Viel Glück!



1. Preis Richtig abbiegen: GPS-Handgerät mit viel Kartenmaterial, starkem Akku und Notfallfunktionen

2.-5. Preis Richtig hinkriegen: große ovale Fischpfanne mit Glasdeckel



Nehmen Sie online teil:
www.me-zeitung.de/gewinnspiel

Oder senden Sie Ihre Antwort per Post an:

IW Medien GmbH
Stichwort: M+E-QUIZ
Postfach 10 18 63 • 50458 Köln

Spielregeln: Teilnahmeberechtigt sind alle Leser der M+E-Zeitung. Eine Teilnahme über Gewinnspielclubs oder sonstige gewerbliche Dienstleister ist ausgeschlossen. Die Gewinner werden unter allen richtigen Einsendungen ausgelost. Einsendeschluss ist der 7. März 2025. Es gilt das Datum des Poststempels. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Impressum

Herausgeber: Arbeitgeberverband Gesamtmetall • Voßstraße 16, 10117 Berlin • Telefon: 030 55150-0 • E-Mail: info@gesamtmetall.de • **Präsident:** Dr. Stefan Wolf • **Hauptgeschäftsführer:** Oliver Zander

Redaktion: Martin Leutz (verantwort.), Carsten Brönstrup, Carsten Büttner, Alexander Dennebaum, Hubertus Engemann, Dr. Eike Frenzel, Christine Haas, Stephan Hochrebe,

Steffen Jans, Alexander Luckow, Jan Pasemann, Tobias Rademacher, Dominik Schmitz, Nicolas Schöneich, Patrick Schulze, Michael Schwarz, Sabine Stöhr, Joachim Wollschläger, Dr. Ute Zacharias

© **Produktion und Bezugsnachweis:** IW Medien GmbH • Postfach 10 18 63, 50458 Köln • Telefon 0221 4981-216

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH • Klimafreundlich gedruckt durch CO₂-Ausgleich und auf 100 Prozent Recyclingpapier mit mineralölfreien Farben.

